



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

erschient wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Vorankosten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Zum 12. Gewerkschaftskongress.

Am 31. August wird in Breslau der 12. Kongress der freien Gewerkschaften Deutschlands eröffnet werden. Wir wissen, daß er sich von seinen Vorgängern nach dem Kriege, dem Nürnberger Kongress 1919 und dem Leipziger Gewerkschaftskongress 1922, in einer Hinsicht unterscheiden wird: scharfe Auseinandersetzungen, die von politischen Meinungsverschiedenheiten bestimmt werden, wird es in dem früher gesehenen Ausmaße diesmal nicht geben. Die in Nürnberg erörterten großen wirtschaftlichen Probleme stehen nicht mehr zur Tagesordnung, d. h. werden in der Diskussion keine Rolle mehr spielen und die scharfe, fast vernichtende Kritik an der Tätigkeit des Bundesvorstandes, die ein Teil der Delegierten in Nürnberg und Leipzig glaubte üben zu müssen, wird sicher einem gerechten und sachlichen Urteil Platz machen. Die Zeit der großen Worte, da sich viele an ihren eigenen Reden und Phrasen begeisterten, ist ganz vorbei, eine Zeit ernster und eifriger Arbeit fordert gebieterisch alle Kräfte der Arbeiterschaft zur regen Teilnahme im Wirtschaftskampfe. Arbeit verlangte die Zeit nach dem Kriege in den Gewerkschaften überhaupt immer, aber viele hielten es lieber mit dem Reden und freuten sich an Versammlungserfolgen, das war weniger schwierig. So ging kostbare Zeit verloren, wurden gute Gelegenheiten verpaßt, die Reaktion auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erstarrte dabei und heute, da Millionen den Gewerkschaften wieder untreu geworden sind, haben wir alle Kräfte anzupassen, um die nach dem Kriege ermüdeten wirtschaftlichen und sozialen Vorteile zu besapfen.

Es hat gewiß keinen Zweck, vergangenen und veräumelten Dingen lange nachzuhängen und es ist müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, wie es hätte anders und besser kommen können und doch mußte mit wenigen Worten der kleine Vergleich zwischen gestern und heute herangezogen werden, weil viele Leute ein zu kurzes Gedächtnis haben. Die freien Gewerkschaften haben die bewegten Zeiten gut überstanden, sie sind kräftig und gesund in ihrem Kern, so daß ihnen politisches Kräfteertum zu wenig anhaben konnte wie die wirtschaftlichen Katastrophen, die mit dem großen Volksbetrug der Inflation ein vorläufiges Ende fanden. Die Deflationstrife haben sie gut überstanden und kräftigen sich von Tag zu Tag, gestützt auf eine politisch geeinte Arbeiterschaft, die die Macht des wirtschaftlichen Zusammenschlusses zu schätzen und zu nutzen weiß.

Der Breslauer Gewerkschaftskongress findet eine durchaus nicht klare Situation auf wirtschaftlichem Gebiete vor. Wir wissen aber, wohin die Entwicklung treibt. Ungehore Lasten bedrücken die Arbeiterschaft, die für die Folgezeit noch vermehrt werden sollen. Anzeichen einer Wirtschaftskrise machen sich erneut bemerkbar, deren Kosten auf das werktätige Volk abgewälzt werden sollen. Unausgeseht provoziert das Unternehmertum große Wirtschaftskämpfe, um die Gewerkschaften zu schwächen und die Arbeiterschaft machtlos zu machen. Das ist in kurzen Worten gesagt die Sachlage, die der Gewerkschaftskongress vorfindet, und die ihm seine Beschlüsse vorschreiben wird. In dem Tagesordnungspunkt „Wirtschaft und Gewerkschaften“, den einleitend ein Praktiker und ein Theoretiker behandeln werden, wird der Kongress die Richtlinien festlegen, nach denen die freien Gewerkschaften arbeiten werden. Sind doch wohl alle Delegierten in praktischer Gewerkschaftsarbeit erfahrene Leute, in vielen Kämpfen erprobt, mit dem richtigen Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die den Gewerkschaften drohenden Gefahren, so daß die Mitglieder zu dem Bundestag volles Vertrauen haben und die dort gefassten Beschlüsse für alle Gewerkschaften richtunggebend sein werden.

Sehr wichtig wird für die Gewerkschaftsmitglieder auch die Besprechung über den gegenwärtigen Stand der Sozialgesetzgebung in Deutschland sein. Auf diesem Gebiete ist nach dem Kriege in unserm lieben Vaterlande viel vernachlässigt worden. Sündig nennen die Unternehmer an gegen die soziale Gesetzgebung, sie stöhnen über die ihnen

daraus entstehenden Lasten und wollen daran zugrunde gehen. Ihre Manöver haben Erfolg gehabt. Deutschland war früher führend auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, heute ist es von anderen Staaten nicht nur erreicht, sondern sogar überflügelt worden. Der Kongress wird diese Tatsache besonders hervorheben und zu einer Willensäußerung kommen müssen, damit Regierung und Parlament gut machen, was bisher auf diesem Gebiete gefündigt worden ist.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung ist auch die Organisationsfrage, bei dessen Behandlung es auf dem Kongress wahrscheinlich zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. Die Frage Berufs- oder Industrieverband ist besonders nach dem Kriege fast unausgeseht behandelt worden und es hat sich gezeigt, daß prinzipielle Gegner des Industrieverbandes nirgendwo vorhanden sind. In unserem Verband haben sich alle Verbandstage mit dieser Frage beschäftigt, auch in diesem Jahre sind wir in Hamburg wieder zu der einmütigen Auffassung gekommen, daß wir uns der Entwicklung zum Industrieverband nicht entgegenstellen werden und wollen, im Gegenteil sie fördern, aber jeden Zwang ablehnen. Einen anderen Beschluß wird auch der Breslauer Gewerkschaftskongress nicht fassen können, obwohl Anträge vorliegen, nach denen ganze Berufsverbände zwangsmäßig nicht nur zu Industrieverbänden zusammengeseht, sondern sogar auf verschiedene andere Verbände aufgeteilt werden sollen. Dieser Organisationsplan hat natürlich starken Widerspruch sogar bei großen Industrieverbänden gefunden und scharfe Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftspresse und in den Bundesausschüssen hervorgerufen. Dabei ist auch die Frage aufgeworfen worden, woher die Tagung des ADGB, das Recht herleiten will, durch Beschluß ganze Verbände zum Anschluß an andere oder gar zur völligen Auflösung zu zwingen, wenn die Verbandsmitglieder dies nicht wollen, da nach den Bundesbeschlüssen jedem Verband der Schutz des ADGB zugesagt worden ist. Der Beschluß der letzten Ausschußsitzung des ADGB, ist daher sehr zu begrüßen, der einen Ausweg darstellt und sicher die Kongressmehrheit erlangen wird, haben doch selbst die Gegner des Antrages Diphmann und Genossen trotz schwerer Bedenken für diesen Vorschlag des Bundesvorstandes gestimmt. So ist zu hoffen, daß auch die Organisationsfrage auf dem Gewerkschaftskongress in kameradschaftlicher Art behandelt und einer Lösung nähergebracht wird.

Der Beschluß in der Organisationsfrage wird die Beratung über die Bundesbeschlüsse wesentlich beeinflussen. Die Erledigung der vorliegenden Anträge, unter denen viele alte Bekannte sind, dürfte dem Kongress keine großen Schwierigkeiten machen. Wir erwarten von dem Breslauer Kongress eine Förderung und Kräftigung der Gewerkschaftsbewegung und wünschen den Delegierten in diesem Sinne besten Erfolg für ihre verantwortungsvolle Arbeit.

## Sie sprachen vom Preisabbau.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hatten sich am 21. August zusammengefunden, um Beratungen zu pflegen, wie das Problem Bohnenerhöhungen oder Preisabbau zu lösen sei. Die Ministerien der Reichsregierung, der Länder, Vertretungen öffentlicher Betriebe usw. waren bei dieser Beratungen zugegen. Anlaß hierzu boten die Ausführungen des Reichskanzlers, der sich bekanntlich in seiner Reichstagsrede vom 8. August dafür stark machen wollte, daß ab 1. Oktober eine allgemeine Preisreduktionsaktion einsetzten solle. Dr. Luther hatte dieses Versprechen schon einmal im Juli 1924 als Reichsfinanzminister abgegeben, ohne daß irgendwie eine Erledigung zu verspüren gewesen wäre. Zum zweiten Male sollte also ein untauglicher Versuch an untauglichen Objekt gemacht werden. Und nun hören wir, wie die Spitzen der deutschen Industrie hierbei mitzuarbeiten gedenken.

In der in der Sitzung vom 21. August angenommenen Entschluß heißt es: „Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie hatten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatz-

steuer ab 1. Oktober auf 1 Proz. in vollem Umfange in der Preisgestaltung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angehoffenen Unternehmungen bei der Preisreduktion dementsprechend verfahren.“

Bzüglich des Kartellwesens vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gefundenen und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Ueberspannungen und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stützung durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Überprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen in Verbindung mit der Regierung und ungesunde Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen.“

Der treibende Berg hat ein Mäuslein geboren. Dem was soll man zu einer so lendenlahmen Entschlußfassung sagen in einer Zeit, wo die Spannungen zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Siebeseige gediehen sind. Hier, wo nur praktische Vorschläge am Platze sind, wo Mundspitzen nicht mehr hilft, sondern gepfliffen werden muß, begnügt man sich mit dem Versprechen, den vierten Teil eines Prozentes „auf allen Stufen der Gütererzeugung und Güterverteilung“ in der großen Aktion des Preisabbaus einzulösen. Man könnte laden, wenn es nicht so fürchtbar ernst um diese Probleme stände.

Und nun erbt mit der Revision des Kartellwesens! Ausgerechnet der Reichsverband der deutschen Industrie will hier eine Preiswaise vornehmen. Daß diese ohne Wasser vor sich gehen wird, braucht hier nicht erst betont zu werden. In Deutschland wurden im Jahre 1924 nicht weniger als 3050 Kartelle gezählt, davon allein 2500 in der Industrie. Im Jahre 1905 waren dagegen erst 420 Kartellorganisationen vorhanden. Gibt es doch allein in Papierfabrikation und -handel 78 Vereinigungen, die als Kartelle anzupredigen sind. Angefichts dieser drohenden Entwicklung süßte sich selbst das offizielle Organ der Rührhandelskammern gezwungen zu schreiben: „Das ist schließlich nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft aus privater Initiative. Alle einschichtigen Wirtschaftskreise sollten hier im eigenen Interesse für Beseitigung der Mängel sorgen. Uebertriebene Kartellpolitik bedeutet Rückgang der Produktion, Verlust der Märkte, Unterbindung des technischen Fortschritts und des freien Unternehmertums.“ Das sind männliche Worte, die man vergebens in der Entschlußfassung der Spitzenorganisationen der Unternehmern sucht. Statt dessen liest man dort, daß Kartelle notwendig sind.

So kann man also mit festerer Voraussicht prophezeien, daß die ganze Preisreduktionsaktion, die von der Regierung und den Spitzenorganisationen der Unternehmern angefündigt wird, im Grunde verfaulen wird. Das Ganze ist nur darauf berechnet, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen von der energischen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder abgubalten. Schon stellt sich das Reichsarbeitsministerium heraus ein, indem die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen abgelehnt wird, die eine Erhöhung der Lohnbezüge vorsehen. Die Reichsbahn hat in den Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen erklären lassen, daß sie „nicht in der Lage sei, über das bisherige Angebot hinauszugehen“. Sie sei geneigt, den Reichskanzler in seiner Aktion, die Produktionskosten zu verringern, zu unterstützen. Von den Schlichtern im Lande wird ebenfalls jede nennenswerte Lohn- oder Gehaltserhöhung mit denselben Gründen abgelehnt.

Die Arbeiterschaft steht mithin bereits einer geschlossenen Phalanx von Unternehmern und den öffentlichen Gewalten gegenüber. Das ist die Tatsache, der es ins Auge zu sehen gilt. Wie soll sich die Gewerkschaftsbewegung nun zu der ganzen Frage einstellen? Soll sie sich auf unsichere Versprechungen einlassen? Soll sie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf spätere Zeiten verlagern? Nein. Wenn dieser Entschluß gefaßt werden sollte, dann hieße dies der Gewerkschaftsbewegung das Grab schaufeln. Die Regierung von heute und die Spitzen der Unternehmern sind so unsichere Kantonisten, daß auf deren Worte kein Verlaß ist. Man würde sich den Teufel um die soziale Lage der Masse kümmern, wenn man nicht wüßte, daß die Forderungen der Gewerkschaften berechtigt sind. Und weil die Stärke der Gewerkschaftsaktionen zu wachsen beginnt, deshalb sucht man den reißenden Strom der Unzufriedenheit mit unzulänglichen Staudämmen in das friedliche Weite einer Klassenharmonie zu lenken.

Mit solcher Brutalität wurde die Zollvorfrage durchgepeißt. Die Stimme der Gewerkschaften, hier Einhalt zu gebieten, wurde mit Achtsicht überhört und durch lärmende Phrasen zu überdönen gesucht. Nun mögen die Herren sehen, wie sie fertig werden. Die Arbeiterklasse muß nach all den Jahren des Hungers den gebührenden Anteil am Ertrage ihrer Arbeit fordern. Davon kann sie sich auch nicht abhalten lassen, wenn ihr Preisreduktionen im Ausmaß eines Viertelprozents versprochen werden.

# Die freien Gewerkschaften im Jahre 1924.

Der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Mitgliederbewegung im Jahre 1924 entnehmen wir u. a. folgendes: Dem Bunde gehörten im Jahre 1924 41 Verbände gegen 44 im Jahre 1923 an. Die Verminderung erklärt sich dadurch, daß sich im Jahre 1924 die Altpflichtvereine dem Bauergewerksbunde, die Kürschner dem Verbande der Bekleidungsarbeiter und die Steinseher dem Verbande der Steinarbeiter angeschlossen haben. Die 41 Verbände zählten zusammen 16 499 Zweigverbände gegen 28 855 im Jahre 1923. Die starke Abnahme zeigt, daß viele Zweigvereine, besonders die kleinen, der Inflation zum Opfer gefallen sind. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 473 619 männliche, 921 140 weibliche, 169 404 jugendliche, zusammen also 4 564 163 Mitglieder. Die Bewegung vollzog sich im einzelnen wie folgt:

1923		Einnahme in Proz.	
31. März	398 920	8	
30. Juni	140 889	1,9	
30. September	247 990	3,4	
31. Dezember	1 297 942	18,4	

Der Rückgang in der Mitgliederbewegung hat sich am Ende des Jahres 1923 und im ersten Halbjahre des Jahres 1924 vollzogen. Die Ursachen dieser Erscheinung sind uns schwer zu erkennen. Sie sind Nachwirkungen der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, der Dämpfung der Produktion, der Einschränkungen der Betriebe, des Abbaus von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Betrieben und der starken Arbeitslosigkeit, des Besorgens der Unterhaltungs-einrichtungen während der Hochinflation und schließlich der kommunikativen Treiberei innerhalb der Betriebe. Seltener sind so die Gewerkschaften zu einer Zeit geschwächt worden, wo ein starker Wahn und ein starkes Bollwerk gegen die Inflation die Unternehmertums von größter Bedeutung und bitter notwendig war.

Das Jahr 1924 schließt mit 3 975 002 Mitgliedern ab. Die Zahl ist um 1 766 115 = 30,8 Proz. geringer als ihr Stand am Ende des Vorjahres. Mit dieser Zahl kann die rückläufige Bewegung als überwinden angesehen werden. Seit Anfang des neuen Jahres setzte dann auch die Aufwärtsbewegung ein. Die Vierteljahresstatistik des ADGB, vergleicht für März 1925 wieder 4 188 297 Mitglieder. Das ist seit dem tiefsten Stand eine Zunahme von 218 295 = 5,4 Proz. Diese Mitgliederzahl kann numerisch als der gesetzliche Bestand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezeichnet werden, der allen Stürmen getrotzt hat. Auf dieser Grundlage wird sich der Wiederaufbau vollziehen.

Bei dem Rückgang in der Mitgliederzahl ist von Bedeutung, daß sich die weiblichen Mitglieder stärker verminderten als die männlichen. Die Abnahme beträgt bei den männlichen Mitgliedern 34,1 Proz., bei den jugendlichen 35,7 Proz. und bei den weiblichen 39,8 Proz.

Die Klassenverhältnisse der Verbände haben sich im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als nach der Schätzung der Inflation zu erwarten war. Nach den vorliegenden Angaben über die Beitragsleistungen, die 26 Verbände mit 3 108 613 Mitglieder erbrachten, ergibt sich für das Jahr 1924 gegenüber 1913 folgendes Bild:

1924		1913	
Jahresbeitrag	Mitglieder in Proz.	Mitglieder in Proz.	
bis 10,40 M.	885 605	10,9	48 617
10,41 bis 15,60	282 718	9,1	201 640
15,61 bis 20,80	307 109	9,9	224 389
20,81 bis 26,-	628 470	20,9	760 717
26,01 bis 31,80	370 929	11,9	478 089
31,81 bis 36,40	698 632	22,8	654 820
36,41 bis 41,80	154 872	5	49 626
über 41,80	884 669	10,8	128 964

Der Vergleich ergibt, daß die Höhe der Beitragsleistung im Jahre 1924 hinter der des Jahres 1913 zurückbleibt. Das Schwergewicht der Beitragsleistung haben in beiden Jahren die Beitragsstufen aus 20,81 bis 36,40 M. Sie umfassen im Jahre 1924 nur 54,8 Proz. im Jahre 1913 dagegen 74,5 Proz.

## Arbeiterinnen.

Von der gleichen Mühe stets umgeben  
Gehn die Tage grau an mir vorbei,  
Reint es, wie ihr wollt, nur nennst nicht Leben,  
Dieses stumpfe, öde Einerlei.

Schon in meine frühen Mädchenträume  
Schreite Mäderkuren, schlief und laut.  
Wände staub- und lärmgefüllter Räume  
Hoben meinem Weiten zugehört.

Der Maschine hier, davor ich stehe,  
War ich lange vor dem Mann vermählt.  
Was geruch in dieser heißen Öfen,  
Ost hab' ich es trauernd übergehlt.

Weich sind meine Hände nie gewesen,  
Eisen ist so hart fast wie die Not.  
Schaut hinein und wollt ihr könnt drin lesen  
Von dem schweren Kampf um Brot und Brot.

Zwischen Fron und kleiner Freunde gehen  
Weiterhin die Tage grau vorbei.  
Einmal aber muß die Sonne sehen  
Auf das trübe, stumpfe Einerlei.

Ralf Brägar.

## Frauenstolz im Privatbureau.

„Fräulein Meisel, zum Herrn Grünebaum kommt!“  
Schritt wie ein zerbrochenes Topf langsam das durch den  
Maschinenraum, wo die Arbeiterinnen beim Frühstück hinter  
ihren Maschinen saßen und immer zu drück oder viert, soviel  
eben Platz hatten, ihre Mahlzeit einzuhaben.  
„Fräulein Meisel, zum Herrn Grünebaum kommt!“

Die Einnahmen aller Verbände zusammen betragen 97 037 600 M. Gegenüber 1913 ergibt sich folgende Veränderung in den Einnahmen:

	1924	1913
Eintrittsgelder	308 011	351 945
Verbandsbeiträge	78 478 180	66 805 949
Rechtliche Beiträge	12 470 183	9 776 499
Gezahlte Beiträge	2 011 000	205 072
Zinsen	718 210	2 487 940
Sonstige Einnahmen	8 058 985	4 009 336
	97 037 600	88 176 747

Die Gesamteinnahme im Jahre 1924 übertrag zwar um 14,9 Millionen die für 1913 verzeichnete Summe, doch steht der auf jedes Mitglied entfallende Anteil im Berichtsjahr um 10,88 M. hinter dem des Vergleichsjahres zurück. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben ergibt in beiden Jahren folgendes Bild:

	1924	1913
Unterstützungen	10 844 811	81 228 508
Lohnbewegungen, Streiks	10 635 940	18 006 472
Widowschaften, Witwen	9 798 759	9 880 080
Wohltätigkeit usw.	18 078 888	10 225 850
Verrentung	25 167 016	18 000 266
	69 071 116	75 088 806

Die für Unterstützungsmaßnahmen verausgabte Summe entfällt im großen und ganzen auf die zweite Hälfte des Jahres 1924. Größere materielle Mittel erforderlich die umfangreichen Wirtschaftskämpfe, die im einzelnen der Streikenden und Ausgewanderten nicht in der gleichen Höhe wie in der Vorjahreszeit gewährt werden konnten. Unter den Ausgaben für Widowschaften befinden sich 2 895 986 M. für die Presse. Die Verbände gaben 1924 32 Sitzungen heraus, und zwar erschienen 28 wöchentlich, 5 Zeitungen 14-täglich, 8 monatlich zweimal und 3 monatlich einmal. Die Höhe der Gesamtaufgabe betrug am Schluß des Berichtsjahres 4 152 376. Daneben gaben 9 Verbände Augenborgänge und 8 Verbände zusammen 14 Fachzeitschriften bzw. Branchensorgane heraus.

Das Vermögen der Verbände, das sich im Jahre 1913 auf 88 000 000 M. belief, fiel durchweg der Inflation zum Opfer und muß neu gebildet werden. Angaben über den Kassenbestand am Schluß des Jahres 1924 machten 26 Verbände. Diese verzeichnen zusammen einen Vermögensbestand von rund 27 Millionen M. Davon befanden sich 22 Millionen in den Hauptkassen.

Wenn in Betracht gezogen wird, wie schwer das gesamte Wirtschaftsleben unter der Inflation gelitten hat, so erscheint die Finanzgebarung der Gewerkschaften nach der Währungsstabilisierung in einem sehr günstigen Licht. Die finanziellen Erholungen ist ein erneuter Beweis für die Lebenskraft der Gewerkschaften. Sie beruht auf der Zuversicht, daß sie in absehbarer Zeit ihre früheren Leistungsfähigkeit wieder gewinnen und darüber hinaus steigern werden. Der starke Verlust an Mitgliedern ist schmerzhaft. Jedoch ist hier die Werbung zum Vorrang bereits eingetreten und weiter darf nicht vergessen werden, daß die Verbände gegen die Vorjahreszeit nach einem Mitgliedererwerb von 3 Millionen zu verzeichnen haben. Trotz aller Stürme, die über die Gewerkschaften hinwegzogen, sind sie für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der großen Masse des werktätigen Volkes fähig geblieben. Sie werden es auch in Zukunft bleiben.

## Produktionssteigerung durch Betriebsdemokratie.

Von Fritz Kummer.

Die deutschen Unternehmer tun ihr möglichstes, die Gewerkschaften zu schwächen, die Betriebsräte von der Teilnahme an der Betriebsleitung auszuschließen und die nach dem finanziellen Stand ihrer Gewerkschaften stehenden Arbeiter-Ausschüsse hinter sich zu führen. Die nämlichen Leute, die so handeln, erlauben sich, den Gewerkschaften und den Arbeitern vorzumachen, sie hätten kein Verbandsrecht für die Schwierigkeiten der Industrie oder der Betriebe. Wenn es so wäre, so brauchte man sich in Anbetracht des Luns der Unternehmern wahrhaftig nicht zu wundern. Denn wenn die Gewerkschaften ständig besteuert und den Betriebsräten der Einblick in den Stand des

wiederholte die Kassen die Stimme, dann drehte sich die Kasserin um und verschwand hinter der Tür.

„Zum Herrn kommen“ wurde hier bei der Firma Grünebaum und kaum nicht gern gehört, dort kam man selten mit lachendem Gesicht wieder heraus. Grünebaum hatte immer etwas auf der Nase, was kein Wunder war, weil er und seine Sekretärin stets hinter dem Fenster auf der Bayer lagen. Das kleine Grünbaum war am Ende des Jahresjahres, von dort aus konnten sie den ganzen Arbeitsvorgang übersehen, während die Leute draußen nicht ins Bureau sehen konnten, sonst hätten sie manchen Mal beobachten können, wie Grünebaum, statt zu diktieren, an seiner Sekretärin herumposamentierte. Das Möbel war ganz in seiner Gewalt — es ging für ihn durch die und dünn und perkaltete die Eingeliegerten bei jeder Gelegenheit. Deshalb war der Ruf: „Zum Herrn kommen“ selten ein Signal für eine Lohnzahlung oder ähnliches Gute. Die Gerüchte war gerade beim Essen, sie schickte ihren Topf nach aus, läuberte ihn und sich.  
„Was der Olla nu schon wieder hat“, bemerkte sie zu einer Kollegin, „nach nicht mal essen kann man in Ruhe.“  
„Küher der Waule müßte doch die Maschine stille stehen, Emma, wo soll'n da Grünbaum die haben?“  
„Ach richtig, daran hab ich gar nicht gedacht. Was er nur will?“  
„Nu hab dich nicht, freisen wird er dich nicht.“  
„Ob die Stimmman ach dabei is?“  
„Nu allemal, was war Mays ohne Maßhilds Stimmman, ein Pfaffenbaum ohne Zweigchen.“  
„Fräulein Meisel, zum Herrn Grünebaum!“  
„Ja, ja, ja, ich komme schon!“ Emma Meisel steckte die Haare schnell ein wenig zurecht, zupfte sich an der Schürze und griff hinten nach dem Rock, ob auch alles in Ordnung wäre, dann erst ging sie zum „Käfig“, in dem der Raum hier im Hofraum stand.

Der Chef sah recht behaglich bei seinem Frühstück, die Stimmman war gerade dabei, ihm eine Kaffeeleine in lauter

Unternehmensverwehrt wird, kann bei ihnen weder das Vertrauen noch die Schätzungsreife steigen. Unsere selbstgekauften Wirtschaftsführer glauben wunder, was sie durch ihr Vorgehen gegen Gewerkschaft und Betriebsrat gewinnen. Sie schädigen sich nur selbst, weil sie Mitarbeiterinnen, die sehr wertvolle Mitarbeit der vielen Hände und Köpfe unterbinden, sich so eine mächtige Quelle geschäftlicher Mühe verstopfen.

Diese einfache Wahrheit spricht im deutschen Unternehmertum erst in verkümmert zügelten Rahmen, im Gegensatz zum amerikanischen, wo sie von einer zunehmenden Zahl von Unternehmern erkannt und befolgt wird. Der Bekämpfung dieser Wahrheit ist ein sehr hoher Teil von dem Mehr der industriellen Leistungsfähigkeit Nordamerikas zuzuschreiben. Allerdings hätten wohl auch die amerikanischen Unternehmer noch gedrückt, von der Erkenntnis zur Tat überzugehen, wenn sie sich nicht einer tatkräftigen Gewerkschaft gegenüber befänden. In der Regel wächst dort, wo die Arbeiter besonders gut organisiert sind, am besten die Leistung, die Gewerkschaft zum Mitbestimmen und Mitverdienen einzuladen. Auch Mitarbeiterinnen, denn darauf legen die amerikanischen Gewerkschaften begrifflichswelche großen Wert. Und nach dem Eingeständnis von Unternehmern selbst ist diese Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nachgerade überall zum Vorteil für beide Seiten ausgefallen. Der Gewinn ist immer da am größten, wo die gewerkschaftlichen Forderungen am liberalsten erfüllt werden.

Das Gesagte könnte durch ein Reihe von Beispielen erhärtet werden. Im folgenden sei eines dieser Beispiele kurz dargestellt, und zwar aus dem Bahnbauwesen. Dieser Fall wurde deswegen gewählt, weil er handgreiflich darstellt, daß, wenn die Gewerkschaft zum Mitbestimmen und Mitverdienen berufen wird, Schwierigkeiten überwunden werden können, die der Unternehmer allein nicht überwinden kann.

Nun das Beispiel: Die Baltimore- und Ohio-Bahn, eine der größten Bahngesellschaften Nordamerikas, besitzt 45 Betriebsstätten für Herstellung der Lokomotiven, Wagen usw. mit vielen Tausenden von Arbeitern. Die Betriebsabstände der Werkstätten blieben trotz aller Mühe weit unter dem, was man hätte erwarten zu können glaubte. Die Schwierigkeiten waren derart, daß wichtige Arbeiten auswärts gegeben werden mußten.

Dem Verband der Maschinenbauer war es um seiner Mitglieder willen sehr daran zu tun, daß sich die Leistungsfähigkeit der Werkstätten besserte und im Gang bliebe. Der Verband unterbreitete daher dem Direktorium der Bahn einen Plan, wonach die Betriebe zu neuer Höhe gebracht werden könnten. Nach langem Überlegen und einigen Konferenzen willigte das Direktorium ein. Die Ausführung des Planes begann mit dem Abschluß eines Vertrages, worin neben andern geschrieben wurde, daß die Gewerkschaft als die gesetzliche Vertretung der Arbeiter anerkannt sei, der gewerkschaftliche Lohn festgesetzt, auch mögen der andern gewerkschaftlichen Forderungen betreffs Arbeitszeit und dergleichen nicht gefolgt werde, daß der Gewerkschaft ein (im einzelnen bestimmtes) Anteil an der Betriebsleistung zugesprochen und der aus dieser Arbeitserwartende Gewinn zwischen beiden Seiten gerecht zu teilen sei.

Nachdem also die beiderseitigen Rechte und Pflichten verbriefet waren, wurde mit dem Betrieb begonnen, und zwar in den Werkstätten von Greenwood der Produktion. Dieser Betrieb war weit und breit als der glücklichste Punkt der Bahnlinie bekannt. Die technische Ausstattung war auf dem Stand, die Betriebskosten überaus niedrig, der Ausschütt, ordentliche Arbeiter (Schlichter) konnten davon, als sie gekommen, außerdem gab es in einem fast ununterbrochenen zwischen Leistung und Bezahlung. Die Produktion wurde bei der Höhe ihres allerhöchsten Punktes gehalten, wenn der Verlust, wie sehr nachteilig, gewesen, nicht viel verloren sei. Es zeugt von viel Selbstvertrauen, daß die Gewerkschaft angeht, der sehr mühsamen Verhandlungen nicht vor der Aufgabe zurückbeugte.

Die Beamten des Maschinenbauer-Verbandes gingen mit einem Fachmann nach Greenwood, um zunächst einmal mit den eigenen Mitgliedern und den anderen benachteiligten (schon) Gewerkschaften zu nehmen. Nach langer Unterredung wurde der Plan allgemein gutgeheißen. Über die Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung wurde ein Ausschuss gewählt, der seine Tätigkeit damit begann, daß er vor-

eine Leichen zu zerlegen, mit Zucker zu überbrütten und sie so recht lecker zu machen.

„Na, kleines Meißel? Sie haben sich ja lange Zeit gefaselt, als Sie zu Ihrem Chef kommen.“

„Das war halb Scherz und halb Wahrheit. Emma hätte aber heraus, daß „Er“ guter Laune war, das bescheidet sie. Sagen Sie mal, Fräulein Meisel, wie lange legen Sie nun schon bei der Firma Grünbaum und kaum ein?“

„Ach fünfzehn bin ich gekommen, heut bin ich fünfzehn zwanzig!“

„Sieh mal an, sieh mal an, was kommt Es da nicht schon vor dieses Geld bandagehappelt!“

„Und an die zwanzig Millionen Bogen Papier schon durchgefegt; was Sie da dran verdient haben, das ist auch nicht so knapp.“

„Das ist'n Es wohl alles in Ihrem Verband, was? Das rechnet Ihnen wohl die „Solidarität“ aus, was Sie verdient haben?“

„Da hält' Sie viel zu tun. Das war doch nur die Zeit wert auf meinen „eigenen“ Verdienst.“

„Also, hör'n Sie mal, Fräulein Meisel, ich hab mit Ihnen was Großes vor, was ich Ihnen gern Sie staunen, gel. Fräulein Stimmman?“

„Dieses lachte abern und etwas blechern.“ „Doch ich der Chef in so eine Dinge verlieben kann“, dachte Emma.

„Also, sperren Sie mal Ihre Hörsorgans auf! Ich will Sie, obwohl das in unserm Gewerbe sonst nicht üblich ist und dafür eigentlich die Maschinenmeister da sind, weil der Ausschuss über das weibliche Personal im Maschinenbau betrauen. Na, da freuen Sie sich wohl?“

„Emma war verblüfft, das hatte sie nicht erwartet. Sie wußte gar nicht, was sie gleich sagen sollte.“

„Guten Sie uns mal allein, Margarete“, kommandierte „Er“, und die Stenotypistin schenkte schnippsch auf dem Weg ab. Sie tat beständig.

„Die braucht nicht alles zu hören“, sagte er, nachdem die Tür zugetruckt war. „Also, wie halten wir?“

Schlüsse für die Beseitigung der größten Mängel machte. Auf das nun einsehende Wert der Umstellung kann im einzelnen hier nicht eingegangen werden. Möge die Mitteilung genügen, daß in ein paar Wochen schon die allseitige Aufmerksamkeit auf die Betriebsanrichtung und ihre Mängel gerichtet wird. Beide Seiten betrachteten nun ihre Aufgabe mit anderen, mit schärferen Augen, und sie erlangten schnell eine viel höhere Auffassung von ihren Pflichten. Vor allem wurden die gesundheitlichen Zustände der Werksstätten verbessert, daß sie zu einem angenehmen Aufenthalt wurden. Hierdurch botam der Betrieb einen guten Ruf. Es meldeten sich tüchtige Arbeiter. Dank des reicheren Angebotes konnten nun die Leute nach ihrem Berufsgebiet und stilllicher Beschaffenheit ausgewählt werden. Der starke und sehr kostspielige Arbeitermangel hörte bald auf, die Blaumacherei bescheiden. In gleichem Maße stieg die Menge wie die Qualität der Erzeugnisse. Man brauchte keine Aufträge mehr nach auswärts zu geben.

Was die Gewerkschaft angeht, erfüllte sich prompt: In dem Augenblick, wo die Arbeiter einen wirklichen Einfluß auf die Leitung hatten und ihnen ein angemessener Lohn und gute Behandlung als auch ein gleichmäßiger Anteil am Gewinn gesichert war, regten sich alle Hände und Köpfe zur Förderung der Produktion. Die Anteilnahme an der Werts des Geschäfts stieg zusehends. Es stellte sich bald heraus, daß es gut sei, wenn die Arbeiter ihre Verbesserungsvorschläge in der Versammlung der Ortsgruppen machten. Ein Ausschuss wurde zur Entgegennahme der Vorschläge eingesetzt, der sie vorprüfte und sie dann der nächsten Versammlung zur Erörterung und Entschloßung vorlegte, ehe sie der Sitzung mit der Betriebsleitung unterbreitet wurden. Es ergab sich nämlich eine wahre Flut von neuen Gedanken, und daß sie fast alle brauchbar, gemüßigend waren, wozu weiter unten gezeigt werden. Aber nicht nur das Unternehmen und die Arbeiter als Lohnempfänger profitierten, ein nicht zu unterschätzender Gewinn ergab sich auch in rein gewerkschaftlicher Hinsicht. Die Versammlungen der Ortsgruppen wurden immer zahlreicher besucht, das Gewerkschaftsleben nahm einen prächtigen Aufschwung, die Reden bezogen sich nun auf das berufliche Können der Mitglieder, der besten Art der Betriebsanrichtung und der Mission der Gewerkschaft in der Industrie. Die Götter wurden auf die ureigenste, auf die wirtschaftliche und soziale Aufgabe der Gewerkschaft gerichtet.

Schon nach einem Jahr waren beide Seiten dermaßen befriedigt, daß der Plan auf alle 45 Werksstätten ausgedehnt wurde. Und er gelangte in den anderen, den technisch und sanitär besseren Betrieben noch gewinnreichere Ergebnisse. Es fanden nun in noch viel mehr Fällen die in der Gewerkschaft schmerzhaften geistigen und beruflichen Kräfte genützt werden. Wurden doch vom März 1924 (wo der Plan in allen Werksstätten in Anwendung kam) bis zum Juni 1925 nicht weniger als 11.478 Verbesserungsvorschläge den gemeinschaftlichen Sitzungen der Betriebsleitungen und der Arbeiterskammern vorgelegt, und davon wurden 9090 oder 97,2 v. H. für gut befunden und gleich verwertet, 1103 verlangten eine längere Prüfung, 343 mußten wegen noch ungenügender Gedankmittel zurückgestellt werden und nur 942 oder 8 v. H. wurden fallen gelassen. Es kam somit auf je zwei Arbeiter eine brauchbare, gemüßigende Neuerung. Daß diese Fülle von Gedanken, Anregungen und Entwürfen eine wahre Goldgrube für das Unternehmen darstellt, liegt auf der Hand. Freilich profitierten auch die Arbeiter davon, wozu je laut Vertrag der Gewinn mit ihnen geteilt werden muß.

Ein nicht geringerer Vorteil entquoll der Verbesserung des Betriebslebens zwischen Leitung und Belegschaft und der allgemeinen Zunahme der Schaffensfreude. Daß die Bahngesellschaft von dem Ergebnis des Planes höchst angenehm überrascht war, gab ihr Direktor in einer öffentlichen Rede kund und zu wissen. Die einzigen Klagen über die hohen Betriebskosten, über die Gesundheitsfrage der Erzeugnisse und über andere Mängelstellen sind verstummt. Die Gesamtheit der Werksstätten ist in vielerortsprechendem Hochgang. Demzufolge haben inzwischen zwei andere große Bahngesellschaften den Plan bei sich eingeführt. Der Plan wird nicht mehr als fragwürdiger Versuch betrachtet, weil ja seine Ueberlegenheit der alten Betriebsweise gegenüber allmählich bewiesen ist.

Weshin ist, und dies unter sehr schwierigen Umständen und auch großer Stufenleiter der gewerkschaftliche Ueber-

zeugungslosch dargestellt: Um ein Unternehmen zu hoher Werts zu bringen, müssen die Arbeiter gut bezahlt und behandelt werden, ihre gewerkschaftliche Vertretung öffentlich anerkannt und den Arbeitern eine tatsächliche Teilnahme an der Leitung gesichert sein. Je weitverzögter diese Voraussetzungen erfüllt sind, desto besser gedeiht das Unternehmen.

### Verbandsstag der Lithographen und Steinbrucker.

In Köln hielt der Verband der Lithographen, Steinbrucker u. verw. Berufe vom 10. bis 15. August d. J. seinen Verbandstag ab. Die Tagung war von 51 Delegierten, dem Verbandsvorsitzenden, sämtlichen Gauleitern, den Geschäftsführern der Tarifämter, dem Vertreter des Zentralausschusses und dem Redaktor der „Graphischen Presse“ besucht. Außerdem waren der DGB, sowie die graphischen Verbände und eine Anzahl auswärtiger Bruderverbände vertreten. Vor Eintritt in die Behandlung der sehr reichhaltigen Tagesordnung nahm der Verbandstag folgende Entschloßung gegen die Zoll- und Steuererhebung an:

„Der in Köln tagende Verbandstag der Lithographen, Steinbrucker und verw. Berufe Deutschlands schloß sich dem Protest an, den die deutsche Arbeiterklasse gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung erhoben hat.

Er wendet sich besonders gegen die Wertschätzung der Wahrheit des Reichstages, diese Vorlagen gewalttätig und ohne gründliche Beratung zum Gesetz zu erheben und sieht in diesen Vorlagen eine große Gefahr für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft und für die Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse.

Insondernes dient die Zollvorlage nicht den Interessen der Wirtschaft, sondern begünstigt nur die Interessen des großagrarisches Grundbesitzes und der Schwerindustrie. Schon die Eingbringung der Vorlagen hat ein hartes Ansehen aller Kreise der notwendigen Bedarfsarbeiter hervorgerufen. Die Teuerung wird noch weiter steigen, wenn die Vorlagen Gesetz geworden sind.

Der Verbandstag verpflichtet die Kollegen, den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung lebhaft fortzusetzen.

Wenden die Vorlagen trotzdem Gesetz, beauftragt der Verbandstag den Vorstand und Beirat, eintretenden Verschlechtigungen der Lebenslage der Kollegen energisch entgegenzuwirken.

Sobald wurde beschloßen, den belagerten graphischen Arbeitern, die seit drei Wochen zu 85 Prozent im Streik zur Abwehr geplanter Verschlechtigungen der Arbeitsverhältnisse stehen, eine Unterstützung von 1,20 Mt. pro Kopf der deutschen Mitgliedschaft aus der Verbandskasse zu übernehmen.

Aus den erstatteten Geschäftsberichten geht hervor, daß der Verband in der Inflationsperiode so wie alle anderen Gewerkschaften schwer zu leiden gehabt hat. Die Mitgliedszahl ist bis Ende 1924 gesunken, jetzt aber seit Beginn dieses Jahres eine fortgesetzte Steigerung. Am Ende der Berichtszeit wurden 17.136 Mitglieder in 139 Ortschaften gezählt. Das Verbandsvermögen, das im Jahre 1923 auf einen Bruchteil eines Pfennigs gesunken war, betrug Ende 1924 bereits über 450.000 Mt. Der Wiederaufbau hat auf allen Gebieten des Verbandes lebhaft eingesetzt und die Dringlichkeit war dadurch in der Lage, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen stets günstiger zu gestalten.

In der Aussprache über die Tätigkeit der Verbandsleitung wurde dieser im allgemeinen Anerkennung gezollt, was in folgendem Beschlusse zum Ausdruck kam:

„Der Verbandstag in Köln spricht für die geleistete Arbeit in den letzten drei Jahren der Verbandsleitung das Vertrauen aus. Es wird anerkannt, daß die Leitung in dieser schweren, bewegten Zeit alles getan hat, was im Bereich der Menschennormen liegt, um der Gesamtmitgliedschaft im Reich die Lage zu verbessern.“

Weiter wurde ein Antrag des Verbandsvorstandes angenommen, der alle Mitglieder verpflichtet, die Befehle der Lehrlingsabteilung des Verbandes auszuführen. Zur Frage des Industrieverbandes wurde der Verbandsvorstand beauftragt, im Sinne früher gefasster Beschlüsse weiter zu arbeiten.

Ueber die Tarifpolitik des Verbandes wurde in zweitägiger geschlossener Sitzung verhandelt, wobei auch die Hilfsarbeiterfrage aufgerollt wurde. Verbandsvorsitzender

hatte in einem großzügig angelegten Referat die ganzen Probleme der Tarifpolitik dar, untersuchte die Vor- und Nachteile der bestehenden Tarifform und zog daraus die Schlüsse, die der Verband für die Stellung zur künftigen Tarifpolitik zu ziehen hat. Der Mangel eines Reichstarifs für die Steinbruckerhilfsarbeiter war infolgedessen förmlich empfunden, als durch die örtlichen Bewegungen der Hilfsarbeiter die Gehilfen in Mitleidenschaft gezogen werden. Dem Vertreter unseres Verbandes war in der Aussprache wiederholt Gelegenheit gegeben, seinen Standpunkt vorzutragen und auf die Wege hinzuweisen, die im Interesse der Gehilfen und Hilfsarbeiter befolgt werden müssen, damit eine tarifliche Ordnung auf zentraler Grundlage wie im Buchdruckgewerbe so auch im Steinbrucker gewerbe geschaffen werden kann. Nach eingehender Beratung fanden folgende Entschloßungen Annahme:

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Reichstarife vorzunehmen. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Bestimmungen des Mindesttarifes ist den Mitgliedern in einer Urabstimmung zur Entschloßung zu unterbreiten. Soweit die Zeit- und Nachverhältnisse eine Zusammenlegung der Reichstarife zulassen, ist dafür zu wirken. Als Grundlage zur Regelung der Arbeitszeit hat der Arbeitsrat zu gelten. Sobald die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung auftritt, ist energisch auf die Einschränkung bzw. Beseitigung der Ueberstunden hinzuwirken. Um eine Ueberfüllung des Berufes mit ungeeigneten Arbeitskräften zu vermeiden und einer künftigen großen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sind die Bestimmungen über die Einstellung von Lehrlingen und Ueberläufern durch ein Kontrollrecht der Gehilfenvertreter zu erweitern. Solange die Bestimmung des Lohnes nach der Dauer der Beschäftigung und Leistungsfähigkeit des einzelnen Gehilfen festgelegt ist, dürfen allgemeine und gleichmäßige Lohnforderungen von den Mitgliedschaftsvorständen nicht erhoben und vertreten werden. Erfolgt in dieser Zeit eine wesentliche Veränderung der allgemeinen Lebensverhältnisse, so hat der Verbandsvorstand von den Vertragspartnern einen Ausgleich zu verlangen. Im Formenlich ist eine gleiche tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie in den übrigen Berufen zu erstreben. Der Verbandstag bevollmächtigt den Verbandsvorstand erneut, gegen dissentierende Mitglieder mit den Mitteln des Status vorzugehen.

„Der Verbandstag sieht in dem Mangel einer reichstarriflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals im Steinbrucker gewerbe eine erste Gefahr für den Bestand und die Durchführung des Tarifes für Lithographen und Steinbrucker. Ohne diese reichstarrifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse des Hilfspersonals ist die tarifliche Ruhe und Ordnung in den Betrieben nicht aufrecht zu erhalten. Der Verbandstag beauftragt deshalb den Vorstand, sich mit dem Schlußverband Deutscher Steinbruckerbesitzer in Verbindung zu setzen und die Schaffung eines Reichstarifs für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu fordern.“

Weitere Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung wurden dem Verbandsvorstand überwiegen.

Ueber die wirtschaftliche und technische Entwicklung in den graphischen Berufen“ referierte der zweite Verbandsvorsitzende Herr J. Er legte dar, wie die Entwicklung der Technik unaufhaltsam fortschreitet, Welchen Verlauf sie nehmen wird, kann noch nicht übersehen werden. Jedenfalls aber bemerkt sie eine Umwälzung der Arbeitskräfte. Der Zweck dieser Veränderungen ist, das Arbeitsprodukt auf dem kürzesten und schnellsten Wege herzustellen. Die Arbeit muß theoretisch beherrschbar werden, muss sie nicht selbsten und schließlich ausgeübt sein soll. Die bisherige Erziehungswelt gibt den Arbeitenden keine Sicherheit im Arbeitsprozess, wodurch technische Veränderungen nicht zum Vorteil der Arbeitnehmer ausfallen. Der technische Fortschritt soll aber den Berufsangehörigen eine Besserung und Erleichterung bringen und deren soziale Stellung heben. Das muß auch gegen den Willen kurzfristiger Unternehmenskreise angestrebt werden. Hierbei muß das Hauptaugenmerk auf die Ausbildung des Nachwuchses gerichtet werden. Die bestehenden Bildungseinrichtungen sind unzureichend und ausbaubehürftig. In die Aussprache spielte die Befragung der Offsetmaschine hinein und das Verhältnis zur Buchdruckerorganisations. Zusammengefasst wurde der Wille des Verbandstages in folgender Entschloßung:

„Der Verbandstag beauftragt erneut die mit dem Verband Deutscher Buchdrucker vereinbarten Richtlinien, so wie diese die Einstellung von Buchdruckern als Ueberläufer in den indirekten Fradruk betreffen. Der Verbandstag fordert, daß der Uebertritt solcher Ueberläufer in unsern Verband spätestens nach drei Monaten zu erfolgen hat. Die technischen Veränderungen in der Herstellung graphischer Erzeugnisse erfordern eingehende Beobachtung. Dem Verbandsvorstand wird Vollmacht erteilt, im Benehmen mit dem Beirat des Verbandes alle Vorbedingungen zu erfüllen, die ausgiebige Belegung der Mitglieder in Wort und Schrift gewährleisten. Die Vollmacht erstreckt sich auch darauf, zur Anstellung eines geeigneten Kollegen für die Bearbeitung technischer Fragen zu schreiben, wenn die Notwendigkeit hierzu gegeben ist. Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, an allen Arbeiten auf diesem Gebiete tatkräftig teilzunehmen. Der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und der Weiterbildung der Gehilfen ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Das Organisationsgebiet erstreckt sich für unsern Verband auf alle Arbeitsgebiete des Flad- und Tiefdrucks sowie auf alle Arbeitsmethoden der Bildzeugung.“

Eine graphische Ausstellung im Kölner Kunstgewerbemuseum, die von der technischen Zentrale des Verbandes veranstaltet wurde, bot reichhaltiges Material, das den Verbandsmitgliedern die technische Entwicklung anschaulich vor Augen führte.

Die von einer Kommission vorbereiteten Satzungsänderungen führten zu dem Beschlusse, den Verbandsbeitrag für Vollmitglieder auf 2 Mt. wöchentlich festzusetzen. Neu geregelt wurden die Ausschloßbestimmungen, das Auskunftsrecht, die Arbeitslosen, Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung sowie das Sterbegeld und anderes. Unter den Allgemeinen Urträgen gelangte nachfolgende Entschloßung zur Frage der Sozialgesetzgebung zur einstimmigen Annahme:

„Der Verbandstag der Lithographen und Steinbrucker wendet sich entschieden gegen die Restriktionen der Re-

„Ja, Herr — das müßte ich mir mal überlegen, Herr Grinebaum. Bestehend war sowas schon.“ Er stand auf.  
„Ja, Herr.“ Er wollte sie an das Kino lassen, doch sie trat zurück. „Spah. Sie bekommen's gut. Monatsgehalt, bloß Lustig, und so...“  
„Woher Bedingungen stellen Sie?“  
„Was die, daß Sie in der Dunderel bloß meine Anordnungen befolgen, daß Sie meine Vertrauensperson sind. Das ist doch was ganzes.“  
„Sie können wenig, es kann viel sein, je nachdem.“  
„Aber nach eine, aber das ist ja selbstverständlich: Sie müssen aus dem Verbanne austreten. Das vertritt sich dann nicht mehr mit der neuen Stellung.“  
„Emma Reisel gab keine Antwort. Sie kämpfte einen sehr heftigen Kampf mit sich. Ihr Leben war hart, denn von ihrem Liebsten lebte eine Mutter und das siebenjährige Sriedchen, dessen Vater ihr der Krieg genommen hatte.“  
„Was für ein Gehalt bekäme ich?“  
„Da werden wir noch drüber. Sie sollen zufrieden sein, Fräulein Emma.“ Seine Stimme nahm einen ganz merkwürdigen Klang an. Sie war direkt belegt.  
„Ich überlege es mir, ich muß erst mit meiner Mutter reden und mit meinen Kolleginnen. Das mit dem Verbanne ist mir peinlich.“  
„Weißt? Für Sie ist dann gefahrt, das ist doch klar.“  
„Aber ich bin mir nicht klar, ich komme mir vor, als wäre das Berrat an denen da draußen.“  
„Und Sie bel mir aber bei dem?“ fragte Grinebaum.  
„Ja — sehen Sie, ich kann Ihnen das nicht so sagen; aber es gibt etwas in mir, das sich fräudt. Warum wollen Sie, daß ich aus dem Verbanne gehe? Oben der Faktor ist doch auch im Buchdruckerverband und die Maschinenmeister!“  
„Ich müßte Sie nicht in dieser Gesellschaft lassen, Sie sollen ganz an den Reisel, kurz —“  
„Wah, nein, da mach ich nicht mit, dazu gebe ich mich nicht her. Jetzt lieb' ich mit den Kolleginnen nun zehn Jahre an der Maschine — nun soll ich auf einmal die Um-

gewendete machen? Die Aufsicht kann ich führen, trotzdem ich mit den Kolleginnen im Verbanne bleibe; verlangen Sie den Austritt, bleibt's beim Reisel!“  
„Sind Sie des Teufels? Dieses Angebot schlagen Sie aus?“  
„Nein, nur den Gesinnungswechsel. Wollen Sie mich, so wie ich bin, schon — dafür werde ich bei meinen Kolleginnen Verständnis finden. Das Herz aus der Brust reißen — das kann ich nicht.“  
„Sie treten Ihr Glück mit beiden Füßen, ich mein es gut mit Ihnen.“ Er stand vor ihr.  
„Wenn auch. Glück erkaufte mit der Berachtung meiner Mitarbeiter, wäre wirklich keines. Wenn Sie mir schon was zugute tun wollen, warum muss es so teuer für mich sein?“  
„Mehr kann ich Ihnen heute nicht sagen, es gibt Dinge, die man nicht fassen.“  
„Ja, ich fühl es genau. Ihnen ist es darum zu tun, mich aus dem Verbanne zu bringen. Sie denken dabei nur an sich, mich wollen Sie von meinen Kolleginnen trennen. Das ist unrecht von Ihnen.“  
„Ich erwarte Ihre Antwort, mehr kann ich Ihnen nicht sagen.“ Fräulein Reisel, kommen Sie herein.“  
Emma Reisel ging an ihre Maschine, schaltete ein und legte Bogen für Bogen dem gefälligen Ungehauer vor.  
Nichts Grinebaum aber sagte zu seiner Thymelba;  
„Die Wände ist wie Bach und Schweiß, nicht ausen- ander zu kriegen. Es imponiert einem doch! Allen Respekt vor dieser Weisel!“  
Lange und ausdruckslos sah er seine Privatsekretärin an und dachte:  
„Welch großer Unterschied ist doch zwischen den beiden Frauen.“  
Fräulein Reisel aber wunderte sich, daß der Chef, heute gar so verfloßen war...  
Theodor Thoma

gierung und der Unternehmer auf Abbau des Arbeiter- schages und der Sozialversicherung. Ausgehend von der Notlage der Arbeiterschaft und der Erkenntnis, daß die Arbeitskraft seiner Bevölkerung das höchste Gut eines jeden Landes ist, fordert der Verbandstag den Ausbau der Sozialgesetzgebung in jeder Beziehung.

Insbesondere erwartet er die baldige Wiedereinführung des gesetzlichen Achtstundentages und die schon lange versprochene Schaffung des einheitlichen Arbeitsrechtes.

Auf dem Gebiete der Versicherung hält er die baldige Einführung der Erwerbslosenversicherung für dringend geboten, die so zu gestalten ist, daß sie den Erwerbslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit wirklich die Grundlage ihrer Existenz gibt. Die Frage der Bedürftigkeit ist dabei auszuscheiden. Organisatorisch ist sie so zu gestalten, daß sie sich bei der Vereinheitlichung der Sozialversicherung ohne weiteres eingliedern läßt. Die Forderung nach dieser Vereinheitlichung erhebt auch der Verbandstag von neuem. Die vorhandene Zersplitterung ist dem so dringend notwendigen Ausbau im Wege, dem Ausbau, der die erforderliche Erweiterung der Leistungen und die Selbstverwaltung bringen muß.

Von der Regierung erwartet der Verbandstag, daß sie den Forderungen der Arbeitnehmer Gehör schenkt und die maßlos übertriebenen Behauptungen der Unternehmer über die Befähigung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialgesetzgebung unberücksichtigt läßt.

Nach vorgenommener Wiederwahl sämtlicher angestellter Funktionäre und der Festlegung ihrer Bezüge wurden die ruhig und sachlich verlaufenen Verhandlungen des Verbandstages geschlossen.

## Weltwirtschaft.

**Konjunktur uneinheitlich — Preise steigen — verstärkte Schutzzölle — Fortschritt der nationalen und internationalen Kartellierung.**

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Konjunktur in den verschiedenen Ländern zeigt für den Monat Juli weitere Abweichungen vom bisherigen Konjunkturverlauf, wodurch die Unterschiede in der Wirtschaftslage der einzelnen Länder noch größer wurden. In den Vereinigten Staaten dauert noch die rückläufige Konjunkturbewegung an. Im Monat Juli ging die Eisen- und Stahlproduktion weiter zurück. Es wurden nur 60 Prozent der Leistungsfähigkeit ausgenutzt gegen 70 Prozent im Juni. Allerdings wurden Ende Juli des vorigen Jahres nur 40 Prozent der Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen. Auch mußte die Baumwoll- und Wollindustrie ihre Produktion einschränken, erstere mit Rücksicht auf die verminderten Baumwollvorräte vor der neuen Ernte. Der Kohlenüberschuß ist weniger die Folge einer verschlechterten Wirtschaftskonjunktur als der Ueberkapitalisierung der Kohlenbergwerke. Amerika hat ebenfalls sein Kohlenproblem, wenn auch in einer anderen Gestalt als Europa. Die rapid steigenden Gummipreise lassen einen Rückgang der Automobilherstellung befürchten. Trotz allem kann man von einer Wirtschaftskrise in Amerika nicht im entferntesten reden; dank der starken Konjunktur der Bevölkerung geht der Absatz von Verbrauchswaren leicht vor sich. Die Bautätigkeit erreichte im Juli einen Rekord, der Umfang des Einzelhandels blieb ganz auf der Höhe. Allerdings hat man mit Lohnherabsetzungen in der Wollindustrie begonnen und die eventuelle Verminderung der Kaufkraft kann eine Beringerung der Produktion herbeiführen. In England hat sich die Wirtschaftskrise noch weiter verschärft. Die Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion geht weiter zurück, im Juni wurden weitere neun Hochöfen ausgebaut. Selbst die Maschinenindustrie, die sich bisher günstig entwickelte, ging mit Ausnahme der Motor- und Elektrizitätswerke zurück. In der Baumwollindustrie wurde die Kurzarbeit auf 8 1/2 Stunden pro Woche erweitert. Eine Woche lang sollen die Betriebe überhaupt gesperrt werden. Immerhin hat die Baumwollindustrie trotz der Einschränkung der Produktion günstigere Aussichten für die Zukunft. Die Krise des Bergbaues konnte durch staatliche Subventionen für einige Zeit aufgehalten werden, doch kann die Verschlebung des Arbeitsmarktes an sich keine Lösung des Kohlenproblems bedeuten. Der Kohlenüberschuß Frankreichs bedeutet einen schweren Schlag für die englische Kohlenausfuhr. In Frankreich selbst war die Konjunkturveränderung im Juli günstig. Die Kohlenproduktion ist weiter im Steigen, desgleichen die Erzeugung von Stahl und Eisen. Auch in der Lage der bisher sehr bedrückten Woll- und Baumwollindustrie ist eine merkliche Besserung eingetreten. Zum großen Teil hängt die Verbesserung der französischen Wirtschaftskonjunktur mit der Entwicklung des Frankenkurses zusammen; dieser blieb zwar in der letzten Zeit beständig, doch wirkt der Währungsübergang der vergangenen Monate sich erst jetzt — vor allem für den Export — aus. Das Einfuhrverbot für deutsche Rohle wurde vielfach als Zeichen einer Industriekrise aufgefaßt. Es ist jedoch nur ein Symptom der Weltkohlentriebe und hängt mit der Konjunktur der übrigen Industrie nicht zusammen. Die Handelsbilanz Frankreichs war in der ersten Hälfte des Jahres sehr günstig, der Ausfuhrüberschuß war selbst bei Berücksichtigung des Wälutariatsganges erheblich größer als ein Jahr zuvor. Verschlechtert hat sich die Wirtschaftslage Belgiens, zum großen Teil infolge des Metallarbeiterstreits, der skandinavischen Staaten, wo die Holzindustrie, welche den hauptsächlichsten Erwerbszweig während des Sommers darstellt, infolge einer scharfen Preiskonkurrenz des russischen Holzes sehr erschwert wurde, in Holland, wo im allgemeinen eine sehr gute Konjunktur vorherrscht und nur ein saisonmäßiger Rückgang festzustellen ist, in Oesterreich, wo die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der weiteren Verrechnung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommt, in Ungarn, Rumänien, Polen. Allerdings gibt die gute Getreideernte Ausichten für eine baldige Konjunkturverbesserung. Die italienische Konjunktur hat sich ebenfalls etwas verschlechtert, vor allem für die Textilindustrie, deren Produkte infolge der durch die Teuerung zurückgegangenen Konsumkraft der Bevölkerung zum Teil im Inland unverkäuflich sind. Der große Einfuhrbedarf an Getreide trägt zur Verschlechterung der wirtschaftlichen verhältnismäßig günstigen Verhältnisse bei. Die kanadische Getreideernte fällt nach den letzten Schätzungen nicht so günstig aus, wie bisher angenommen wurde. In Argentinien wird das Getreide, das in früheren Monaten in großen Mengen ausgeführt

wurde, nunmehr zurückgehalten. Man rechnet dort mit einer Steigerung der Getreidepreise.

Die Preisentwicklung zeigte Anfang Juni im Gegensatz zu der der früheren Monate eine aufsteigende Richtung. Die Großhandelsindexziffern der verschiedenen Länder, die durch die wirtschaftliche Absteigerung des Weltbundes gesammelt werden, zeigten im Gegensatz zu Mai im Juli bereits erhebliche Steigerungen. Gingen die Preise noch im Mai in fast sämtlichen wichtigen Ländern im Durchschnitt zurück — so unter anderem auch in der Schweiz, der Tschechoslowakei, Holland, Polen, Spanien, Indien, Japan und Südamerika — so sind die Indexziffern für Juni, soweit solche veröffentlicht wurden, bereits vielfach höher. Es ist recht auffallend, daß auch in den Vereinigten Staaten der seit Monaten anhaltende Preisrückgang zum Stillstand gekommen ist. Dieser Vorgang dürfte sich im Juli weiter fortsetzen. Die Preise für die verschiedenen Rohstoffe und Lebensmittel wurden oft sehr erheblich erhöht. Die rapide Preissteigerung für Gummi ist zwar vor kurzem zum Stillstand gekommen, doch blieben die ungeheuer hohen Preise weiter bestehen. Sehr bemerkenswert ist die erhebliche Steigerung der Preise für Rohöl. Die Kupferpreise waren im Juli seit langen Jahren die höchsten, desgleichen zogen die Preise für andere Metalle, vor allem für Blei, an. Erhebliche Steigerung ergab sich auch bei der Baumwolle, trotz der guten Ernte in Amerika und auch in Indien. Vielleicht handelt es sich nur um Preisrhebungen für die Liefergänger. Was die Lebensmittel angeht, so gingen die Weltgetreidepreise etwas zurück, desgleichen die des Futters. Die Züchterproduktion des laufenden Jahres war bekanntlich außerordentlich groß. Die Preise für Raffee zeigten dagegen eine steigende Tendenz. Die Preisentwicklung wirkt sich für die einzelnen Volkswirtschaften nicht gleichmäßig aus. England wird zum Beispiel durch sie am meisten in Mitleidenschaft gezogen, da die Preise für Eisen und Kohle infolge der Abhängigkeitsverhältnisse zurückgehen, während die Preise für Rohstoffe im Steigen begriffen sind.

Die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zeigen infolge der verstärkten Schutzzölle eine weitere Verschärfung. Das vererbliche System der Getreidezölle wird überall Trumpf. Die Tschechoslowakei hat erst kürzlich gleiche Getreidezölle eingeführt, weshalb sich Polen veranlaßt fühlte, seine Industriezölle zu erhöhen. In Italien hat Mussolini, der sich neuerdings als Getreideimporteur gebildet und ansieht, ein „Get. deschlacht“ zu führen, einen Getreidezoll ins Leben gerufen. Deutschland hat die Agrarfrage beherrschet bekommen. Frankreich hat — wie oben bereits erwähnt wurde — die deutsche Rohleneinfuhr verboten. Belgien beschäftigt, eine 26-prozentige Reparationsabgabe auf die Wareneinfuhr aus Deutschland zu erheben, womit weniger die Erlangung von Reparationszahlungen als die Unterbindung der deutschen Ausfuhr bezweckt wird. Der vorläufige deutsch-belgische Handelsvertrag wird durch diese Verfügung in seiner Wirksamkeit erheblich herabgesetzt. Der deutsch-polnische Wirtschaftskrieg dauert weiter an und führte zu schweren politischen Folgen. Zwischen Oesterreich und Ungarn schwebt ein schwerer Zollkonflikt, wobei mit scharfen Kampfmaßnahmen gedroht wird. Bei der chinesischen Bewegung gegen die Ausländer spielt die Zollfrage eine große Rolle. In den Randstaaten ist eine Bewegung zur Schaffung einer Zollunion vorhanden, was eine sehr zu begrüßende Entwicklung inmitten des Schutzmaßnahmen der übrigen Welt wäre, wenn sie nicht außenpolitische Zwecke gegen Rußland verfolgen würde, die zu weiteren politischen Vermittlungen führen könnten. So sehen wir die Zollfrage überall als Quelle von wirtschaftlichen Störungen und politischen Konflikten. Der Weltfriede wird durch diese Entwicklung nicht gefährdet. Sicherheitspaten und Garantiepaten können nicht gemacht, was auf diesem Gebiet gefundigt wird.

Die Kartellierung der Industrie, sowohl die nationale wie die internationale, schreitet weiter fort. Nationale Kartelle entstanden in Polen, wo ein Kohlenkartell gutanbekannt, und in Frankreich, wo das Eisenkartell für Preisfestlegung verlängert und außerdem für phosphorhaltiges Kohleisen und für Schienen ein Kartell aus für die Aufteilung der Produktion geschaffen wurde. Letztere Kartelle sollen auch das internationale Eisenkartell vorbereiten, dessen Gründung sich in die Länge zieht. Gegenwärtig ist es die französische Schwerindustrie, welche dank ihrer guten Ausfuhrkonjunktur kein Interesse an der Verschlebung der Verhandlungen hat. Wegen der Schaffung des internationalen Schienenkartells wird jetzt in London verhandelt. Das italienisch-französische Eisenabkommen bedeutet einen Schritt zur internationalen Organisierung der Schwerindustrie. Die italienische Schwerindustrie erhält von Frankreich die ihr notwendigen Mengen an Schrot, dem wichtigsten Rohstoff für das eisen-ergarme Italien, wogegen Italien eine bestimmte Menge französischer Eisens jährlich aufnehmen muß. In der Diamantindustrie ist an Stelle des alten ein neues, viel umfangreicheres Kartell unter Mitwirkung der amerikanischen Morgangruppe getreten, die 90 Prozent der Weltproduktion unter ihrer Kontrolle hat. Die internationale Vertretung der Zündholzindustrie hat unter schwedischer Leitung weitere Fortschritte gemacht.

## Die Ergebnisse der Volkszählung.

Die vorläufigen Ergebnisse der am 16. Juni stattgehabten Volkszählung, welche im ersten Zuliefer der „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht und besprochen werden, geben lehrreiche Aufschlüsse über die Bevölkerungsbewegung. Allerdings werden diese Ergebnisse erst nach der endgültigen Bearbeitung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung mit Rücksicht auf die Alters- und Berufsgliederung, sichere Grundlagen gewinnen. Die Bevölkerungszahl des gegenwärtigen Reichsgebietes beträgt 63 1/2 Millionen. Vor Kriegsausbruch zählte das Reich 68 Millionen Einwohner. Die Zunahme der Bevölkerung in den Jahren 1871 bis 1914 war außerordentlich groß. Sie betrug nicht weniger als 26,8 Millionen oder 65,3 Prozent. Die Bevölkerung hat sich jährlich durchschnittlich um 1 1/2 Prozent vermehrt. Während des Krieges sind zwei Millionen Männer dem Krieg zum Opfer gefallen, die Verluste und in ihrem Geolge die Grippeepidemie verursachte den Verlust von ungefähr 4 Millionen der Zivilbevölkerung, rund 3 Millionen Kinder sind infolge des Krieges ungeboren geblieben, und endlich hat das Reich auf Grund des Friedensvertrages

Gebiete mit rund 7 Millionen Einwohnern an andere Staaten abtreten müssen. Ohne Krieg und seine Folgen würde das Deutsche Reich heute über 75 Millionen Einwohner zählen.

Betrachtet man den sechsjährigen Zeitraum zwischen den beiden letzten Zählungen — die vorletzte Zählung fand 1911 statt —, so ergibt sich eine Gesamtzunahme in dem Zeitraum 1911 bis 1925 von 3,3 Millionen Einwohnern, gleich 5,6 Prozent. Die Zunahme erfolgte also in einem etwas verlangsamten Tempo gegenüber dem Vorkriegsstand. Eine starke Tendenz zur Steigerung des Bevölkerungsumwachses ist trotzdem vorhanden. So war zum Beispiel der großstädtische Geburtenüberschuß im ersten halben Jahre 1925 um 81 Prozent höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Die Zunahme des männlichen Geschlechts war in den letzten sechs Jahren erheblich größer (2 Millionen = 7,1 Prozent) als die des weiblichen (1,3 Millionen = 4,2 Prozent). Vor dem Kriege entfielen auf 1000 männliche 1029 weibliche Einwohner, nach der Zählung von 1925 dagegen 1071. Diese Verhältnisse sind eine Kriegsfolge; die Zahl der Männer hat durch den Krieg stark abgenommen. Die Ausgleichung wird erst nach langer Zeit erfolgen, doch entwickelt sich das Zahlenverhältnis bereits jetzt zugunsten des männlichen Geschlechts, sowohl was die Kindersterblichkeit als was die Geburten anlangt. In den Jahren 1919 bis 1925 sind 4 310 000 Knaben und 4 010 000 Mädchen geboren, 2 550 000 männliche und 2 520 000 weibliche Einwohner gestorben. Vor dem Krieg entfielen auf 1000 weibliche 1074 Gestorbene, im Zeitraum 1919 bis 1925 auf 1000 weibliche nur 1013 männliche Gestorbene.

Was die einzelnen Länder anbelangt, so war die Zunahme 1919 bis 1925 am größten in Hamburg und in Thüringen, denen Sachsen und Preußen folgen. Hinter der reichsbürgerrechtlichen Zunahme von 5,6 Prozent bleiben von den größeren Ländern Baden, Bayern, Hessen und am meisten Württemberg (letzteres mit einer Zunahme von nur 3 Prozent) zurück. Unter den preussischen Provinzen war die Bevölkerungszunahme am größten in Rheinland-Westfalen, Brandenburg und Pommern. Die Bevölkerungsdichte hat sich im verkleinerten Reich gegenüber dem Vorkriegsstand erheblich erhöht. Auf ein Quadratkilometer Fläche entfielen nach der Zählung von 1910 122,9, 1919 125,9, 1925 132,9 Einwohner.

Was die Entwicklung der Großstädte anbelangt, so wohnen rund 16 1/2 Millionen Einwohner, oder über ein Viertel der gesamten Reichsbevölkerung in den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. Wie die letzte Volkszählung zeigte, hat sich die Zuwanderung vom ländlichen Lande und aus den kleinen Mittelstädten nach den Großstädten verlangsamt. Die Bevölkerung der Großstädte nahm in den letzten sechs Jahren um 5,17 Prozent, die des ganzen Reiches dagegen um 5,6 Prozent zu. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hat demnach die rapide Bevölkerungszunahme der Großstädte nachgelassen.

## Literatur.

**Jürgen Brand: Geb. Mülkener. Verlag S. F. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68. Gebunden 1,75 RM.**

Ein erstes Jugendbuch hat Jürgen Brand da geschaffen, voll Selbsterkenntnis und lebendigen Werdens, voll Kampf und Ringen in jugendlicher lebendiger Begeisterung. Es will auch in erster Linie für die Jugend bestimmt, so werden's die Eltern, die sich ein junges, kampffrohes Herz bewahrt haben, doch mit gleicher Freude lesen und neue Begeisterung schöpfen aus der bittigen Stamm, die ihnen da entgegenhört.

Das D.W.-Jugendbuch, herausgegeben von der Reichsjugendleitung des Zentralverbandes der Angestellten, Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 68, Drenthstraße 40/41, 80 Seiten, gebunden 75 Pf., in besserer Ausstattung 1 RM., Organisationspreis 40 Pf.

Das vorliegende Jugendbuch verzichtet eine Anzahl lebendiger Sieder, die in den Reihen der deutschen Jugendbewegung gegen geungen werden. Auch über die Reihen der 80% Wunde hinaus dürfte das Buchlein Zustimmung und Anklang finden.

Die kommunalpolitische Zeitschrift „Die Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kann bezogen werden durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt unter Kreuzband vom Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, 40 Pf., in besserer Ausstattung monatlich 60 Pf.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 17. bis 22. August gingen die Abrechnungen aus Stuttgart für Gau 3, aus München für Gau 4, aus Dresden für Gau 5 hier ein.

Geldbungen kamen aus Dresden: 20 200,15 RM. Berlin, den 22. August 1926.

J. Bodach.

Für die Woche vom 31. August bis 5. September ist die Beitragsmarke in das mit 36 bezeichnede Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Zur Vermählung unserer Kollegin Paula Kuhnmann nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche.  
Zahlsstelle Bielefeld (Abteilung Sadajabrill).

Unsern lieben Kollegen Heinrich Badmeyer nebst seiner jungen Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Zahlsstelle Bremen.

Unsern lieben Kollegen Heinrich Unger nebst Gemahlin die besten Glück- und Segenswünsche zur silbernen Hochzeit.  
Der Vorstand und Mitgliedschaft der Zahlsst. Offenbach a. M.

Unserem vertrauensmann und Kollegen Hermann Stiefen und seiner Frau Eddy Hartmann zu ihrer Vermählung die besten Glück- und Segenswünsche für ihr ferneres Leben.  
Die Kollegenschaft der Fa. J. Schmetz, Dresden, Steindruck-Abteilung.

Nach langen Leiden, im jugendlichen Alter verstarb unser Mitglied, die Vogenfängerin  
**Marta Kopsch**  
(i. Fa. Schupp & Rieth).  
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.  
Zahlsstelle Dresden.

Bevortragender für Abteilung: A. G. H. L. e., Charlottenburg, Westfälische 14, Fernruf: Amt Westlich 1928. — Verlag: S. Bodach, Charlottenburg. — Druck: Vertriebs- und Buchhandlung und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.